

# Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden, Waisen- & Comp., Nr. 1908.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten monatlich 6,00 M., durch die Post gegen Vorkasse jährlich 60,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. (Einschluß 30 Pf.).  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Erscheinung nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Normzeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3-spaltige Normzeile 1,50 M. Bei regelmäßiger Anzeigen-Einnahme sind im voraus zu bezahlen. Ohne Berücksichtigung der Aufträge an besonderen Tagen. Für Dreifachverlegung 30 Pf.

Nr. 295

Dresden, Dienstag den 21. Dezember 1920

31. Jahrg.

## Harding und der Friedensvertrag

Paris, 21. Dezember. Nach einer Platinmedaille in London wird aus Marion (Ohio) gemeldet, der neugewählte Präsident der Vereinigten Staaten Harding sei endlich entschlossen, keine Rücksicht auf den Friedensvertrag von Versailles und das Völkerbundstatut zu nehmen.

werden soll. Wenn es nicht gelingt, noch vor der Versammlung zu einer Verständigung zu kommen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Geheißenschaft in ein sofortiges Streik eintritt und es in Berlin zu Maßnahmen geschlossene Volkswirtschaften gibt.

## Streik im Berliner Gastwirtsgewerbe

Berlin, 21. Dezember. Ein neuer Streik im Berliner Gastwirtsgewerbe. Die Berliner Gastwirtsgewerkschaft hat heute Morgen einen Streik ausgerufen. In demselben Gewerbe ist ein Tarif abgeschlossen worden, der bereits vom Verein Berliner Hotelbesitzer und dem Verein der Kaffeehausbesitzer von Groß-Berlin angenommen worden ist, dagegen haben sich die Verhandlungen mit der Hotelkommission der Berliner Gewerkschaft noch nicht zu einer Verständigung führen lassen. Die letzten Verhandlungen sind Sonntag abgebrochen worden. Die Hotelkommission erklärte, daß sie am Montag, Dienstag und Mittwoch erst ihre Berufung entgegen nehmen will. Die Antwort soll bis Mittwochabend 10 Uhr gegeben werden.

## Unter bayerischer Vormüchtigkeit?

Berlin, 21. Dezember. Wie wir erfahren, ist nunmehr nach Abschluß der Beratungen innerhalb der Reichsregierung und nach Beendigung der Verhandlungen zwischen dieser und dem bayerischen Ministerrat der Text der deutschen Antwortnote auf die Note des Generalrats Kollat fertiggestellt worden. Die Veröffentlichung der deutschen Note steht unmittelbar bevor. Ueber den Inhalt ist freilich nichts wesentlich Neues zu sagen. Die deutsche Reichsregierung sagt sich vollkommen dem, wie es den Anschein hat, übergeordneten Standpunkt der bayerischen Regierung an und führt für den Weiterbestand der Einwohnerwehren das Vorliegen eines höheren Staatsinteresses ins Treffen.

## Der Eisenbahner Schicksalsstunde

Von Th. Rohrer, M. d. R.  
Gemeinschaftlich mit den übrigen Reichsbeamten haben die Eisenbahnbeamten Forderungen auf Erhöhung ihrer Löhne gestellt. Regierung und Parlament sind in der Bewilligung bis an die äußerste Grenze dessen gegangen, was nach ihrer Meinung die Reichsfinanzen an Belastung ertragen können. Ob das letztere zutrifft, kann von dem Augenstehenden nicht ohne weiteres beurteilt werden. Sicher ist, daß das deutsche Wirtschaftsleben auf das schwerste erschüttert ist und kaum noch große Belastungsproben vertragen. Das angebotene Defizit im Reichsetat beträgt bereits jetzt 70 Milliarden Mark und wird sich in den nächsten Monaten noch ganz erheblich vergrößern. Die laufenden Ausgaben sind infolge der Kriegskosten außerordentlich groß und die weitere Steigerung ist noch gar nicht abzusehen. Allein die Sicherung der Brotvermehrung in diesem Kriegsjahr wird voraussichtlich rund 8 bis 10 Milliarden kosten. Zur Deckung der gegenwärtigen und noch bevorstehenden Ausgaben sind die erforderlichen Einnahmen weder vorhanden noch zu erwarten, so daß schließlich nur eine weitere Steigerung des Rotenlaufes übrigbleibt. Ob aber die Reichsbank sich mit dieser Finanzgebahrung dauernd einverstanden erklärt, bleibt abzuwarten.

## Die Hungersnot in China

Stockholm, 21. Dezember. Die Zeitung Tagens Nyheter teilt mit, der Leiter der schwedischen Mission in China, Magnus Ödman, teilt auf Grund von Berichten der Missionare über die Hungersnot mit, daß namentlich die Provinzen Szechuan, Szechon, Szechon und Kowan, die von etwa 30 Millionen Menschen besiedelt seien, von der Hungersnot betroffen seien. In diesen Gegenden sei ein ganzes Jahr lang kein Regen gefallen. Der Getreideertrag sei durch die Dürre von Gros und Wurzeln.

## Deutsche Wirtschaftsfragen in Brüssel

Brüssel, 20. Dezember. An der Sitzung der Belgischen Wirtschaftskommission vom Sonntag demittwoch erklärte der deutsche Sonderbeauftragte Ministerdirektor Le Guire, Deutschland könne zitiieren, wenn seine Kaufkraft die der Alliierten übersteige.

Deutschland, fordern auch in dem der Alliierten und schließlich der ganzen Welt.

Deutschland gezwungen, seine Einfuhr auf ein möglichst niedriges Maß zu beschränken. Weiterhin ist es den inneren Verbrauch seiner eigenen Produktion herabzusetzen, um so viel wie möglich für seinen Export zu erkräftigen. Deutschland habe die Verpflichtung, den Alliierten Wirtschaftsgüter zu gewähren, ohne dieselbe Rücksichtnahme von Seiten der Alliierten zu erhalten. Aufschubgeboten sei es nicht mehr in der Lage, den Abschluß von Handelsverträgen oder Vertragsänderungen herbeizuführen. Deutschland habe die Pflicht, die Wünsche der belgischen Delegationen genauer zu berücksichtigen. Ministerdirektor Le Guire ergänzte darauf, wenn die Konferenz konkrete Anregungen bezüglich der Klausel des Friedensvertrages über die Wechselschwäche für die Alliierten die deutschen Delegationen sie unerschrocken vorbringen.

Brüssel, 20. Dezember. Der Sonderbeauftragte der Alliierten hat heute die heutigen Vormittags wurden die Unterredungen zwischen dem Sonderbeauftragten der Belgier und der Deutschen fortgesetzt, am Ende jedoch ohne zu endgültigen Ergebnissen zu führen. Man habe gestern die Absicht, heute nachmittag 4 Uhr eine Vollversammlung zu halten, aber gegen Mittag sollte der Sekretär der Konferenz mit, daß keine eine Sitzung der belgischen Arbeiterkongress stattfinden würde. Belagte würden die deutschen Vertreter nicht vor Mittwoch zu weiteren Beratungen aufgerufen werden. Unter diesen Umständen wird es fraglich, ob die Konferenz auch zu dem ursprünglich vorgesehenen Zeitpunkt, also vor Weihnachten, an einandergehen kann. Zwei weitere deutsche Sonderbeauftragte sind insgesam in Brüssel eingetroffen, nämlich der Vertreter des Deutschen Wirtschaftsbundes Hilberschmidt als Vertreter der Arbeitnehmer und Bergal Hilger als Vertreter der Arbeitgeber. Der zweite französische Sekretär ist wieder nach Brüssel zurückgekehrt.

## Reaktion auf die deutsche Reparationsforderung

Brüssel, 20. Dezember. Die Einzelbesprechungen wurden heute den ganzen Tag über fortgesetzt, besonders die Frage der Wechselschwäche, der Wechselkurse, die Finanzlage und die Frage der Reparationsforderungen werden erörtert. Für morgen sind u. a. Besprechungen über das deutsche Eigentum im Ausland und über das Ausgabensystem vorgesehen.

Paris, 20. Dezember. Der erste französische Delegierte auf der Sonderkonferenz in Brüssel, Genöuv, erklärt dem Sonderbeauftragten der Deutschen: Die Deutschen haben ihre Forderungen unterbreitet und die Vorbehalte gemacht, die sie machen müssen und die wir erwarten. Das Beliebigste ist, daß die Reparationsforderung nunmehr auf Grundlage der vorliegenden Unterlagen in den kommenden Verhandlungen, die jeder Delegierte mit den Deutschen haben wird, werden die belgischen, welche wir belgischen Wirtschaften und welcher gute Wille vorhanden ist, um zu einem vorübergehenden Einverständnis zu gelangen, das schließlich, die Konferenz in Genf, die die Entscheidung treffen soll, aufzulösen und mit Belegen zu versehen. Die Deutschen, so erklärte Genöuv, hätten eine untaugliche Haltung, so setzen ihren Standpunkt ohne Rücksichtnahme und ohne Spur eines gegenseitigen Gehorsams aufrechterhalten. Man könne nur hoffen, daß ein Kompromiß ihre Kräfte so beruhe und so fühle. Der Sonderbeauftragte der Deutschen stellt fest, daß diese Auffassung von allen andern Delegierten der Alliierten geteilt wird.

## Die Beratungen vom Montag

Brüssel, 21. Dezember. Am Montag hatte sich die Konferenz in eine Anzahl von Miniaturkonferenzen zerlegt, die meist auf Grund der Sonderbeauftragten-Vorgängen vom vorigen Sonntag abgehalten wurden. Die Japaner haben die Wirtschaftsfrage übernommen, die Italiener die Wechselschwächefrage. Die Engländer besprechen die Reparationsforderung und der belgische Delegierte, die Franzosen haben die Nachkriegsfrage unterhandelt. Die Alliierten müssen sich nun über ihre weitere Taktik entscheiden und die Einzelbesprechungen der letzten Tage gewonnen wurden, zusammenzufassen. Insofern ist jetzt der kritische Augenblick eingetreten; die Alliierten sind nun an der Reihe, sich zu äußern.

## Bezahlung nur durch Waren!

London, 21. Dezember. Westminster Gazette berichtet von dem Verlangen der Alliierten in Brüssel, die deutsche Entschädigung müsse nicht anders als durch Waren bezahlt werden. Eine Geldzahlung sei unmöglich, und eine Übertragung von Geldmitteln, der sehr kleinen Warenlieferungen, wäre nutzlos, da sie den Wertverlust sofort dem Kaufkraftniederschlag und den damit verbundenen Kaufkraftverlusten machen würde. Wir müssen uns mit dem Gedanken auseinandersetzen, berichtet das Blatt, daß wir nie einen Penny erhalten werden, wenn wir keine deutschen Waren beschaffen, und daß die Höhe der Entschädigung begrenzt sein muß.

Zum Verstoß der deutschen Handelsliste erklärte Generaldirektor Guano, die deutsche Regierung habe vorzuziehen, die Auslieferung weiterer deutscher Handelsliste mehr anzustreben und das notwendige Minimum an Waren von den belgischen Konsulaten beschaffen zu lassen. Eine Antwort auf die Anregung sei bisher nicht erfolgt. Eine eigene Handelsliste sei aber unbedingt notwendig für die Handelsbeziehungen der Wechselschwäche. Deutschlands Einfuhrbeschränkung sei fast völlig von fremder Langlege abhängig. Die Wechselschwäche sei die Ursache der deutschen Handelsnot. Die Überwindung eines Teils seiner Handelsnot würde nicht nur die Wechselschwäche der belgischen Wirtschaft, sondern auch der belgischen Wirtschaft erheblich vermindern und würde nicht nur im Interesse

Angesichts dieser Zustände könnte es unverständlich erscheinen, daß die Beamten trotzdem auf Erfüllung ihrer Forderungen beharren und die Arbeiter der Reichsregierung mit ganz ähnlichen Anforderungen hinsichtlich der Bezahlung angeheilen haben. Der objektive Beurteiler wird aber darüber nicht im Zweifel sein können, daß nicht Hebermann oder Hebermann die eigenen Macht die Reichsbeamten und Arbeiter vorantreibt, an ihren Forderungen heute festzuhalten, sondern nur die bitterste Not. Sehr oft hört man nun, daß die hohen Eisenbahnerlöhne zur Beibehaltung herbeigeführt haben müßten. Ein paar Zahlen dürften zeigen, daß der Hinweis auf die angeblich hohen Löhne von laienhaften Voraussetzungen ausgeht. Der Wechselschwäche für die Eisenbahner beträgt jetzt in 8 Lohn- und 7 Wirtschaftsklassen. Dazu kommt noch, daß der Lohn sich nach 7 Wirtschaftsklassen abteilt. Auf Grund dieser Einteilung sind 260 verschiedene Lohnsätze vorhanden, die dem Eisenbahner im jährlichen Jahre unter Einbeziehung eines Leertages ein Stundenlohn von 3,30 M. und im ungünstigsten Falle von 2,20 M. garantieren. Für weibliche Beschäftigte in der Hochlohn 3 M. der niedrigste 2 M. Berücksichtigt man, daß der Hochlohn nur in 17 Großstädten erreicht wird und daß in der Privatindustrie bedeutend höhere Löhne erzielt werden, so können man sich vorstellen, warum die geistlichen Forderungen der Eisenbahner eine gerechtere Würdigung als dieser finden. Noch ungünstiger als für die Arbeiter liegen die Einkommensverhältnisse bei den Beamten, wobei wieder zu unterscheiden ist zwischen den planmäßigen und den außerplanmäßigen Beamten. Ein planmäßig angestellter Schreinermeister bezieht zur Zeit im jährlichen Jahre ein Jahreseinkommen von 12.700 M., im ungünstigsten Jahre von 7.500 M., bei den Taktären betragen die Löhne 8.100 M. bzw. 7.400 M. pro Jahr. In diesen Löhnen kommt eine Abfertigung, die für die Arbeiter pro Kind und Stunde einbehalten 20 Pf. beträgt. Für die Beamten gelten Monatslöhne, die unter Berücksichtigung eines dreiprozentigen Leertageszulages bisher 60, 75 und 90 M. betragen. An den vorstehenden Einkommensverhältnissen ist durch den letzten Parlamentsbeschluss wenig geändert worden. Bekanntlich erfolgte nur eine Aufbesserung der Sonderzulage, und zwar abgesehen nach Leertageszulagen. Danach erhalten künftig die Beamten in der teuersten Klasse pro Kind und Monat je nach dem Lebensalter 100 M., 125 M. und 150 M., in den Klassen D und E, die die nichtteuersten Orte enthalten, 70, 87,50 und 105 M. Für die nichtplanmäßigen Beamten ist eine Erhöhung des Ortszulages von 50 auf 100 Prozent vorgesehen.

Die Arbeiter sind bis jetzt sehr ausgegogen. Deshalb wird es auch kaum überraschend sein, daß in den letzten Tagen bekannt wurde, daß der Deutsche Eisenbahnerverband, der 50.000 Arbeiter und Beamte umfaßt, beschließen hat, den Verhandlungen über die Lohn- und Gehaltsforderungen völlig zu erwidern, dann aber, wenn das Ergebnis unbefriedigend bleibt, den Streik durchzuführen.

Die Reichsregierung der Eisenbahnbeamten und Arbeiter nimmt zur Zeit eine Unabstimmung unter ihren Mitgliedern vor. Sie sind die Führer vertrieben. Ist unter allen Umständen mit einer Zweidrittelmehrheit für den Streik zu rechnen. Die Streikgehalte ist durch den Parlamentarismus sich nicht befähigt, sondern im Gegenteil erst recht in bedrohliche Höhe gerückt. Ueber den Zeitpunkt der Streikdurchführung läßt sich zur Stunde nichts sagen. Wenn aber nicht alle Anzeichen trügen, dürfte zu Beginn des neuen Jahres die Schicksalsstunde für die Eisenbahner eintreten. Der Reichsbeamtenrat hat im Hinblick auf den Streik als Ersatz für die nicht beschaffenen Forderungen den Beamten das im Januar fällige Monatsgehalt in 5 Raten zu zahlen und die nächsten ausgezahlt werden soll. Es gehört nicht



### Kerzte und Krankenkassen

Die vereinigten Krankenkassenverbände schreiben die Meinungsverschiedenheiten zwischen Kerzten und Krankenkassen nicht durch Presspolemiken anzugehen. Die Erklärungen des Kerzerverbandes und des Kerzerverbandes, die jetzt durch die Tagespresse, verdient daher keine Erwiderung. Da darin jedoch Hauptes wird, die Kerzte seien auf dem allgemeinen Krankentag verurteilt worden, seien folgende Feststellungen gemacht:

Auf dem Krankentag ist nachgewiesen worden, daß Kerztätigkeit sich jedem Ausbau der sozialen Fürsorge entgegenstellt hat, durch den sie ihre materiellen Interessen wahren will.

Sie lehnt die Erweiterung der Krankenversicherungspflicht ab und hat sie im Mai 1920 durch Generalstreik zu hindern. Sie verlangt den gleichzeitigen Kerzestopp, bevor die militärischen Mittel eingeführt wird. Sie hat die Behandlung Tuberkulärer und Geschlechtskranker in den Fürsorgeeinrichtungen durch Verstoßverbot unterbunden. Mit gleichen Mitteln verhindert sie die Behandlung der Schüler durch Schulärzte, die Behandlung der Säuglinge in Säuglingsfürsorgeeinrichtungen. Ebenso ergeht es den Kranken, wenn sie zur Verbesserung der Krankenversicherung der Anwendung neuer Heilmethoden eigene Anstalten richten wollen.

Die Kassen verlangen nur Schutz vor den Streik- und Störrisikoren der Kerzte Geldabfindungen — und zwar reichliche — sollen den Kranken nur der Kerzestopp gehen, die jegliche Wasserbehandlung durch Neuorganisationen ärztlichen Dienstes befristet werden.

### Auflösung von Abwicklungsstellen

Vom 1. Januar 1921 an wird erneut eine große Anzahl von Abwicklungsstellen aufgelöst. Es bestehen vom dem Zeitpunkt an unter dem Reichsfinanzministerium (Abwicklungsstellen) nur noch die Abwicklungsstellen (früheren Kriegsmilitärämtern der Länder Preußen, Westfalen, Sächsen und Thüringen) und die Abwicklungsstellen (früheren Intendanturen der Armee) auf. Aufgelöst werden alle Abwicklungsstellen (früheren Militärkommandos) und alle sonst noch bestehenden kleinen Abwicklungsstellen.

Die Restarbeiten der Abwicklungsstellen werden von den Abwicklungsstellen der Abwicklungsstellen bearbeitet. Solche Abwicklungsstellen befinden sich in Dresden-R. Große Klosterstraße 4, in Leipzig, Ehrenstraße 2. Die Abwicklungsstellen mit diesen Abwicklungsstellen sind die einzigen Abwicklungsstellen, die vom 1. Januar 1921 an die persönlichen Ansprüche der Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen erfüllen, soweit dafür nicht die nachfolgenden Behörden zuständig sind.

Die Versorgungsangelegenheiten sind an das Reichswehrministerium übergegangen. Sie werden von den Versorgungsämtern (früheren Bezirkskommandos) bearbeitet.

Unter dem Reichsministerium des Innern liegend, bezieht das „Zentralnachsichtsbüro für Kriegsverluste und Kriegsgräber“ alle mit Kriegsverlusten zusammenhängenden Fragen (Vermögensnachforschung, Nachschließen usw.). Dem Reichsministerium des Innern unterstehen jetzt die Bundesaufnahmen der früheren Bundesstaaten. Sie bearbeiten alle Vermessungs- und Kartenangelegenheiten. Außerdem unterstehen dem Reichsministerium des Innern die Reichsarchiv sowie die in Vorbereitung befindlichen Archivarbeiten der Länder und Provinzen, die die alten Archivre verwalten. Zu dem Wirkungsbereich der Reichsarchiv gehören die Kriegsmilitär- und Zivilgefangenen unter dem Reichsarchivministerium gehören alle Angelegenheiten der Kriegsfangenen.

Die Angelegenheiten der Probantämter, der Garnisonverwaltungen und des Militärbaubereichs des alten Reichs werden von den Landesfinanzämtern — Abteilung Reichsarchiv — zu Ende geführt.

Hierbei wird erneut darauf aufmerksam gemacht, daß für die Bearbeitung folgender Angelegenheiten ist zur Zeit eingestellt:

1. Sämtliche Arbeiten für Ordens-, Ehren- und Abzeichen-Angelegenheiten.
  2. Sämtliche Anträge auf Charakterverleihungen und Aufhebung der Erlaubnis zum Tragen einer Uniform.
  3. Anerkennung und Verichtigung von Uniformabzeichen.
  4. Dienstleistungszeugnisse für nicht mehr in der Abwicklung tätige Personen (diese müssen sich unmittelbar an die früheren Dienstvorgesetzten wenden).
  5. Sämtliche Arbeiten hinsichtlich Anhalts für das Zentralnachsichtsbüro und andere Behörden.
  6. Arbeiten jeglicher Art an den Militärpässen, wie auch deren Auswärtigung.
  7. Nachforschung nach vermissten oder verstorbenen Soldaten.
  8. Gedenkbücher sind nur noch auf Anforderung der berechtigten Angehörigen zum Versand zu bringen.
- Gesuche zu 1. und 2. werden nur dann noch bearbeitet, wenn sie bis 20. Dezember 1920 eingegangen sind.

### Konstantins Witschaft

Wien, 20. Dezember. König Konstantin hat an das deutsche Volk eine Witschaft gerichtet, in der u. a. erklärt wird, daß er sich glücklich fühle, sich wieder bei seinem Volk zu befinden. Die Volkswirtschaft habe die Witschaft der von seinem unbesiegbaren Vater übernommenen Lösung: Keine Witschaft liegt in der Witschaft des Volkes, gerecht. Sein Leben werde nur noch das eine Ziel haben, sich würdig zu erweisen der Liebe des Völkervolkes durch seine Einwirkung der Witschaft und des parlamentarischen Regimes, welche im Innern Ruhe und Eintracht, nach außen die Vollendung der nationalen Witschaftsarbeit und alle Anforderungen nach zur Witschaft der Beziehungen mit den Verbündeten und im letzten Erbteil. Die Witschaft seines Sohnes Georg, des Kronprinzen, mit Kaiserin Elisabeth, der Tochter des zum Kaiserlichen Kronprinzen, der seiner Tochter Helena mit dem zum Kaiserlichen Kronprinzen, die Kaiserin Elisabeth mit Kaiserin.

### England verbietet die Farbeneinfuhr

Im englischen Unterhause wurde am Freitag der Bescheid über das Einfuhrverbot von Farbstoffen mit 111 gegen 5 Stimmen in dritter Lesung angenommen. Bei der Debatte waren verschiedene Änderungsanträge zur Sprache, die jedoch abgelehnt wurden. So sprach Major Barnes vor, die Farbstoffe zu streichen. Von liberaler Seite wurde die vorgeschlagene Abgrenzung des Gesetzes angegriffen.

Damit ist das Gesetz angenommen und für England die Einfuhr von Anilinfarben auf zehn Jahre verboten. Das Gesetz enthält allerdings ein Kompromiß zwischen Verbrauchern und Herstellern; es kann eine besondere Einfuhrerlaubnis erteilt werden, eine Klausel, von der die Baumwollfabrikanten gern Gebrauch machen werden.

Die deutsche Industrie kann das Gesetz nicht begrüßen, da Deutschland ein Interesse an der ungehinderten Ausfuhr von Farbstoffen hat.

### Zu d'Annunzio übergegangen

Der Daily Express berichtet, daß die italienische Flotte, die ausgeliefert war, d'Annunzio in Trieste zu flüchten, desertiert und in das Lager d'Annunzios übergegangen sei.

### Russische Protestnote

London, 20. Dezember. Einem Moskauer Rundfunk zufolge hat die russische Regierung eine Note gerichtet, in der dagegen protestiert wird, daß die Entente die Anhänger Branqels ermächtigt, russische Kriegsschiffe zu verkaufen. Der Volkskommissar des Auswärtigen verlangt sofortige Maßnahmen, um die Veräußerung russischer Volkseigentums zu verhindern und um die Rückzahlung der Schiffe zu erzwingen.

### Spaltung in der belgischen Sozialdemokratie

Die der Temps aus Brüssel meldet, daß sich eine Spaltung der belgischen sozialdemokratischen Partei vollzogen. Das Organ der Arbeiterheit der belgischen Sozialdemokratie, L'Exploite, veröffentlicht eine gemeinsame Erklärung der Führer der Arbeiterheit, in der gesagt wird, sie seien infolge des Beschlusses des am letzten Sonntag abgehaltenen Parteitagestimmungen, aus der belgischen Arbeiterpartei auszutreten. Es sei nicht anzunehmen, einem großen Teil der belgischen Sozialisten die Handlungs- und Gedankenfreiheit zu nehmen, wie es der Beschluß des letzten Parteitages vorsehe.

### Neue Verhandlungen der Eisenbahnervertreter

Berlin, 21. Dezember. Im Laufe des gestrigen Tages haben neue Verhandlungen zwischen den Eisenbahnerorganisationen stattgefunden. Der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnen und -amwärtler trat gestern Montag nachmittag zu einer Konferenz zusammen, um über ein gemeinsames Vorgehen mit den anderen Verbänden zu beraten. Endgültige Beschlüsse sind noch nicht gefaßt worden.

Nach einer Berliner Meldung der Dresdener Nachrichten soll die Eisenbahndirektion Berlin auf Ablehnung des Reichsverkehrsministeriums die Vornahme von Urabstimmungen in den Vertrieben über einen Streik verboten haben. Wir bezweifeln, daß ein solches Verbot das richtige Mittel zur Bewehrung der Erregung unter den Eisenbahner und zur Beschwörung der immer noch drohenden Streikgefahr ist.

### Die Werkstattarbeit der Studenten

In der Technischen Hochschule Dresden bezieht für die Studierenden ein Arbeitsvermittlungsbüro, das seine Ziele selbst folgendermaßen formuliert:

Wir (das Arbeitsvermittlungsbüro) wollen 1. die Notwendigkeit praktischer Tätigkeit der Studierenden allen in Betracht kommenden Kreisen (als dies weiter unten genannt: Industrie, d. h. das Unternehmertum, Gewerkschaften, Staat u. d. Studierenden) klar machen und 2. selbst Stellen vermitteln a) als Ingenieurleistung gegen Bezahlung, b) für Vorkursarbeiten in den verschiedenen Fächern als Lehrende und Ausführende auf Bauteile- und Versuchsausschüssen, c) als Lehrende oder Fertiger bei großer wirtschaftlicher Notlage zum Zweck des Erwerbs (nicht in Industrie-freien).

Gründliche praktische Ausbildung der künftigen Ingenieure und die daraus resultierende genaue Kenntnis der Werkstattvorgänge war zweifellos nie notwendiger als jetzt, da jede Arbeitsvergehung, wie sie dem bloß theoretisch Vorbereiteten oft unterläuft, im Interesse unserer Wirtschaftslage vermieden werden muß. Auch läßt sich wohl denken, daß gemeinsame praktische Tätigkeit ein besseres Verhältnis zwischen Arbeiter und Ingenieur zeitigt, das schließlich der Produktion zugute kommt. Und doch kann man die Ziele des Arbeitsvermittlungsbüros nicht ohne weiteres gutheißen und fördern. Gätte nur der Unternehmer die Rollen zu tragen, so wäre angesichts der hohen Gewinne, die er jetzt mehr als je einsteckt, freilich kein Wort darüber zu verlieren. Aber auch die Arbeiter werden, wenn sich die Wünsche der Studierenden verwirklichen, stark in Mitleidenschaft gezogen. Hunderttausende müssen wider Willen lehren; tagtäglich hören und lesen wir von neuen Betriebsunfällen, Entlassungen, Entlassungen. Nun soll die Not des Arbeiters noch vergrößert werden, er soll möglicherweise einem Studenten weichen, obwohl er weit mehr zu leisten imstande ist, er soll, damit jener sich verpöhlende, untauglich, ohne Erwerb, nur auf die paar Brocken Unterstützung angewiesen bleiben? Nun das nicht berechnete Verdiensten schaffen? Ist es nicht Pflicht eines jeden, der ein Herz für den Arbeiter hat, gegen die Absichten der Akademiker entschieden Stellung zu nehmen?

Aber andererseits kann man bei gerechter Prüfung auch das Verlangen der Studierenden verstehen. Wie uns doch akademischen Arbeitsvermittlungsbüro mitgeteilt wird, hat es darum bei den Gewerkschaften, denen es seine Absichten mitteilte, keineswegs eine scharfe Ablehnung erfahren. Wir würden es im Interesse unserer Wirtschaft und auch der Studierenden, unter denen ja vielfach gerade die Tätigsten und Befähigsten mit den größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, freudig begrüßen, wenn sich ein Weg finden ließe, der ohne Schaden für die Arbeiterheit zur Erfüllung der studentischen Wünsche führt. Vielleicht könnte der Staat die Unternehmer veranlassen, daß sie auf eine gewisse Zahl von Arbeitern auch je einen Ingenieurlehrling usw. einstellen und nach den Tarifen entlohnen müssen. Liegt es doch gerade im Interesse dieser Kreise, daß Deutschland einen stetigen Nachwuchs an technischen Leuten in der Industrie erhält.

### Deutsches Reich

Arbeiterschaft und Flugzeugbau  
Wir den U. S. A. mitgeteilt wird, hat sich der Betriebsrat der Deutschen Flugzeugindustrie mit folgendem Telegramm an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam gewandt:

An die gesamte Arbeiterschaft in den Entente-Ländern.  
Am 16. Dezember hat unsere Regierung eine Note an die Entente gerichtet, in der sie deren rechtlich unbegründete Forderung nach Entschädigung des deutschen Flugzeugbaus ablehnt. Wir uns, Kollegen, Schütz und vor Protestation. Wir auf eure Reaktionen ein, daß sie die Forderungen unserer Regierung annimmt. Eine Gefahr aus der Luft droht von deutscher Seite nicht mehr. Die Reaktivierung von deutschen Flugzeugen werden wir stets zu verhindern wissen. Im Auftrage der gesamten Arbeiterschaft und Arbeiter der deutschen Flugzeugindustrie und des deutschen Luftverkehrs.  
Betriebsrat: geg. P. Berger. Anstellungsvertrag: geg. W. Urzembosky.

Eine Latavenmeldung. Die Berliner Morgenpost hat in ihrer Nr. 220 vom 18. Dezember die Nachricht von einer geheimen Verhandlung im Ministerium des Innern gebracht, die der Minister des Innern Sehering und Ministerialrat Dr. Abegg in der Nacht vom 24. zum 25. November mit Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei abgehalten haben sollen. Diese Nachricht ist, wie die P. M. 21. erfahren, in allen ihren Teilen von Anfang bis zu Ende klar erfinden. Eine derartige Verhandlung ist niemals abgehalten worden. Eine derartige Verhandlung hat bei einer anderen Gelegenheit mit Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei eine Erörterung über die in dem Artikel erwähnten Fragen stattgefunden. Die Verlesung eines dementsprechenden Beschlusses ist niemals zur Erörterung gelangt. In Anbetracht dieser Sachlage sind auch alle an die Redaktion der Berliner Morgenpost gerichteten Entschuldigungen hinfällig.

Die Festlegung der deutsch-belgischen Grenze. Im Verlaufe der in der vergangenen Woche in Brüssel abgehaltenen Sitzungen der deutsch-belgischen Grenzfestlegungskommission hat die von Deutschland beantragte Rückgabe des bei Ebst nach dem Krieg für die Wallonenerhebung wichtigen Ouse-Quadranten abgeschlossen. Die von Deutschland beantragte Rückgabe des Bahnhofs Verbeke hat die Kommission gleichfalls abgelehnt, sich jedoch bereit erklärt, zu den Kosten eines neuen deutschen Grenzbahnhofs einen Betrag von 20 Millionen Franc zu leisten, falls dieser Grenzbahnhof auf der Linie Verbeke-Konzen gebaut wird.

Der Reichshandelsrat der Deutschen Volkswirtschaft (Deutscher Volkswirtschaftlicher Verband) hat seinen Stellennachweis an einer Arbeitsvermittlungsbüro auf allen Gebieten der öffentlichen und privaten Verwaltung sowie verwandter Tätigkeitsbereiche ausgestellt. Für ständige oder zeitweilige Aufgaben, ferner für literarische Arbeiten und Vorträge werden volkswirtschaftlich-juristisch vorgebildete Persönlichkeiten folgendermaßen gesucht: Berlin-Wilm., Hohenzollernstr. 100; Schriftführer: Stalburg 4777.

Stierimpfungen in Schlesien. Die Prüfung der Stierimpfung des Viehbesitzers des Berliner Studentenvereins Stierimpfung hat, wie die P. M. 21. hören, einen Beschluß von 20 856 R. ergeben.

Im zweiten Bürgerkrieg in Brandenburg a. N. wurde der niedrige Stahlfabrikant Dr. Caspari getötet. Auch die Eisenbahnervertreter sind von einem Sozialdemokraten, dem früheren Königsberger Stadtrat Witschke, ermordet worden. Für Caspari wurde auch der größte Teil der Bürgerlichen.

### Neueste Telegramme

Arbeitslosenfrage in Auerbach  
Auerbach, 21. Dezember. Bei Demonstrationen der Arbeitslosen in Auerbach im Hochland kam es zu Angriffen gegen die Amtshausverwaltung, in deren Verlauf ein Arbeiter getötet wurde. Die Arbeiter wurden eingekerkert, ein Arbeiter wurde getötet. Die Arbeiter wurden eingekerkert, ein Arbeiter wurde getötet. Die Arbeiter wurden eingekerkert, ein Arbeiter wurde getötet.

Breslau ohne Elektrizität und Wasser  
Breslau, 21. Dezember. In einem südlichen Bezirk Breslaus ist kürzlich ein Ausbruch von Cholerafällen ausgetreten. Die Stadt ist zur Zeit ohne Straßenbahnverkehr, Elektrizität und Wasser. Einigungsverhandlungen haben heute normiert begonnen.

Revolverbild  
Berlin, 21. Dezember. In der vergangenen Nacht, 1 Uhr, peret der Kaufmann Ricci aus Stenalla in der Anwaltskanzlei, in der Nähe seines Wohnhauses, in angelegentlichem Zustand in einem Revolver in einen heiligen Schrein. Witschke zog es einen Revolver und gab einen Schuß auf den Revolver ab, wodurch dieser an der rechten Hand verletzt wurde. Der Revolver wurde nach der Vorlage des Stahlfabrikanten Witschke, Ricci folgte und ließ sich in die Kasse sinken. Durch die Schüsse wurden noch drei Personen verletzt. Der Täter Ricci wurde festgenommen und der Polizei übergeben.

Keine englische Intervention in Russland  
Paris, 21. Dezember. Nach einer Meldung des Matin aus London erklärte Lord George gestern im Unterhause, die englische Regierung wolle in keiner Weise im Gebiet des ehemaligen russischen Reichs, namentlich aber im Kaukasus, intervenieren. Erwiderte, dass er würde die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen England und dem britischen Reich beibehalten. Lord George erklärte ferner, der Handel mit der Horn werde ebenfalls am Mittwoch eine Erklärung über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Russland abgeben.

Die geschlossenen Putschisten  
Paris, 21. Dezember. Der Präsident der Kammer, Kommissar, hat seine Zustimmung mitgeteilt und gegen jene demagogischen Abgeordneten, die bei den jüngsten Kammerwahlen ihre Putsch geschlagen haben, Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Diese enthielt eine Kommission in der Angelegenheit der Kammer und ließ feststellen, daß fünf demagogische Abgeordnete ihre Schweißschilde gerichtlich und ganz die Gesetz an den Schweißschilfen betrümmert haben. Der Strafantrag wurde wegen „böswilliger Beschädigung fremden Eigentums“ erhoben. Die bürgerlichen Abgeordneten sind seit den Stürmen den Sitzungen ferngeblieben.

Debitenturfe

Breis, 20. Dezember. (Amtlich.)

	20. 12.	20. 12.	18. 12.	18. 12.
	Gold	Mark	Gold	Mark
Dolland	100 Gulden	2287,70	2287,80	2287,70
Schweiz	100 Franc	1120,55	1123,15	1101,55
Span (alte)	100 Kronen	—	—	—
Span (neue)	100 Kronen	17,78	17,77	16,98
Frank	100 Kronen	82,70	82,80	82,00
Frank	100 Kronen	94,00	93,00	94,00
Frank	100 Kronen	487,60	454,50	481,50
Frank	100 Kronen	282,20	282,80	282,20
Frank	100 Kronen	267,78	268,80	264,20
Frank	100 Kronen	78,87	78,88	72,42
Frank	100 Kronen	483,55	484,46	488,06

Wittwoch, 22. Dezember  
abends 6 Uhr  
**Z. G. wichtige Sitzung**  
Wettinerplatz.



# Sächsische Angelegenheiten

## Gegen die achttündige Arbeitszeit

Die Dresdner Handelskammer in einem Gutachten über den Gegenwurf über die Regelung der Arbeitszeit vierstündiger Arbeiter erklärt. Sie hat sich unter anderem geäußert: Eine gesetzliche Regelung dieses Gegenstandes ist so lange als vertagt an, als sie nicht auch bei den übrigen hauptsächlichsten Industrielländern, die sich zum großen Teile noch in einer besseren wirtschaftlichen Lage als Deutschland befinden, vorgenommen worden ist. Sollten diese Länder sich nicht zu der Einführung der achttündigen Arbeitszeit entschließen, so hätte nicht nur die Einführung des Gegenwurfes zu unterbleiben, sondern es müßten auch die Revolutionsausbrüche erlassenen Bestimmungen über die Arbeitszeit wieder aufgehoben werden, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkte zu sichern. Für den Fall, daß der Gegenwurf infolge eines gleichzeitigen Vorgehens aber doch eingebracht werden sollte, macht die Handelskammer entsprechende Abänderungsvorschläge.

Wie man angeht die erstickend große Arbeitslosigkeit und der großen Zahl Kurzarbeiter zu der Ansicht kommen kann, die Verlängerung der Arbeitszeit sei gewissermaßen eine Voraussetzung für das Wiedererblühen unserer Industrie, ist uns unerklärlich. Offensichtlich spricht aus dem Gutachten der Handelskammer nur die Vorliebe des Unternehmers für die skandalöse Ausbeutung der Arbeiter.

Dem Wirtschaftsministerium gegenüber sprach sich die Handelskammer Dresden für eine sofortige Aufhebung der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen aus, in ihre Durchführung sowohl in Arbeitsgeber- als auch in Arbeitnehmerkreisen wegen der schweren Schädigungen für beide eine große Unruhe hervorgerufen habe. Es wurde besonders betont, daß die Verordnungen sich ohne schwere Härten nicht auf alle Gruppen der Arbeitnehmer anwenden lassen, namentlich nicht auf gelernte Facharbeiter und Kaufmännische, da deren Wirkungsbereich immer nur beschränkt sein kann und sie daher ruiniert werden könnten, wenn sie ihre Kenntnisse in den ihnen zugewiesenen Arbeitsorten nicht erwerben könnten. Dasselbe gelte aber auch für die Industrie- und Handelsbetriebe, denen auf Grund der Verordnung so viele hochqualifizierte Arbeitskräfte genommen wären, da sie dieselben in den meisten Fällen nicht wieder ersetzen könnten.

## Zunahme der Schlachtviehbestände

Bereits die letzten Viehbestände haben eine Zunahme der Bestände in Sachsen gegen das Jahr 1919 ergeben, welche durch die nun von der Statistik der Landwirtschaft ermittelten Viehbestände aus dem Sächsischen Staatsjahren 1920 bestätigt wird. Die Schlachtvieh- und Schweinebestände im dritten Vierteljahr 1920 betragen 1.200.000 Stück im Vergleich mit 1.100.000 im dritten Vierteljahr 1919. Diese Viehbestände sind ein Aufwärtstrend gegenüber dem dritten Vierteljahr 1919. Die Viehbestände im dritten Vierteljahr 1920 betragen 1.200.000 Stück im Vergleich mit 1.100.000 im dritten Vierteljahr 1919. Die Viehbestände im dritten Vierteljahr 1920 betragen 1.200.000 Stück im Vergleich mit 1.100.000 im dritten Vierteljahr 1919. Die Viehbestände im dritten Vierteljahr 1920 betragen 1.200.000 Stück im Vergleich mit 1.100.000 im dritten Vierteljahr 1919.

## Zu Rosenthal's Flucht

In der Angelegenheit des Hofrats Rosenthal wird von der hiesigen Korrespondenz noch die folgende, aberweitete Darstellung gegeben:

Die Unterredung in der großen Schieberaffäre wird in Dresden vom Landgerichtsrat Dr. Schaffrath geführt. Ende vergangener Woche wurde bekannt, daß der vielgenannte und geflüchtete Hofrat für einige Tage in Berlin eine Wohnung gemietet hatte; der Untersuchungsrichter entsand daraufhin den Dresdner Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Oppe im Automobil, begleitet von zwei Kriminalbeamten. Der Gerichtsarzt sollte im Ort und Stelle ermitteln, ob Hofrat Rosenthal haltbar ist, weil ja über dessen Zustand von gewisser Seite aus alle möglichen Nachrichten verbreitet worden sind, die auch den Weg in die Presse gefunden haben. Hofrat Rosenthal konnte an der angegebenen Berliner Adresse nicht angetroffen werden, es besteht vielmehr der dringende Verdacht, daß ein Täuschungsmanöver vorliegt, um dessen wirklichen Aufenthalt zu verheimlichen. Zweifellos hat der flüchtige Hofrat nunmehr einen erheblichen Heimortvertrieb erhalten, um seine Flucht zu ermöglichen. Die Villa in Vorstadt Sirethen hat Hofrat Rosenthal schon seit Sonntag den 12. Dezember nicht wieder betreten, obgleich er noch am folgenden Montag in der Produktionskammer eine Rede gehalten hat. Hofrat Rosenthal wird von seiner Ehefrau begleitet, sein gegenwärtiger Aufenthaltsort ist der Untersuchungsbehörde nicht bekannt. Am Freitag den 18. Dezember wurde das Dienstpersonal nach dem Landgerichtsgebäude bestellt und eingehend vom Landgerichtsrat Dr. Schaffrath und dem Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Oppe erfragt. In der Villa in Vorstadt Sirethen wollte während des ganzen Tages der Gerichtsarzt, um eine Bestandsaufnahme vorzunehmen. Dieser Beamte mußte jedes Stück des Vermögens des Hofrats Rosenthal aufzählen. Wie bekannt, wird dann die ganze Villa vorläufig geschlossen und die Türen versiegelt.

## Betreiberflieber

Das Gläubiger bei Köpferin befindet sich das Gläubiger Verzeichnis. Der Herr z. B. Köpferin und Schloß wurde betriebl. verfallen. Auf Schieberaffäre und auf dem Rücken tragen wurden die Köpferin zum Standort des Wagens. Der Mann wurde der Wagen gleich ins Gefäß gefahren. In der Nacht wurde der Köpferin durch das Eingehen eines Wagens des Köpferin Lieberwärtigenverhältnis geschloß. In der Nacht wurde der Köpferin konnten diesem Schieber abgenommen.

Man werden, was wurde dafür bezahlt 250 M. für den Rentner Weigen. Unsere Provisorien sind auf's Ärgste gefährdet. Viele Bauern fragen nicht danach. Sie treiben Wäcker mit dem Wrotzgerde, sie vergrößern die Wäcker und dienen so dem Vaterlande.

## Landtag-Löwen

Der kommunistische Kämpfer schreibt: Genosse Jüffel erhält Bayerns Mandat zum Landtag. Genosse Jüffel ist als Linksunabhängiger gewählt worden. Die kommunistische Landtagsfraktion hat ihre volle Stärke erhalten. Neun Löwen sind sie unter Wölfen.

Dazu bemerkt die Leipziger Volkszeitung: Die Scheidung war noch nie die starke Seite der Kommunisten. Aber dieser Vergleich ist wirklich zum Heulen. Aufs „Brüllen“ kommt's doch wahrlich nicht an. Und auch das haben sich die Kommunisten schon in den ersten Tagen abgemerkt. Seitdem gleichen sie in ihrer Unbeholfenheit eher dem bekannten Langohrigen „Gautier“, als dem König der Tiere. Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Nachdem Fritz Meier die Annahme des Landtagsmandats verworfen hat, erklärten nachher der Korrektor Meier in Leipzig und der Klempnermeister und Stadtrat Niesling in Döbeln, daß auch sie es ablehnen, in den Landtag zu gehen. Rumrührer wird bekannt, daß Herr Niesling nicht freiwillig auf das Landtagsmandat verzichtet hat, sondern daß er dazu von der Landeszentrale der kommunistischen Partei gezwungen wurde. Kossau hatte befohlen, Döbeln mußte gehorchen!

## Anträge und Anfragen im Landtag

Der demokratische Abgeordnete Jänigk hat einen Antrag eingebracht, die Regierung zu ermahnen, Maßnahmen zu treffen, daß bei der Ausführung von Wohnungsbauten aus staatlichen oder gemeindlichen Mitteln das freie Baugewerbe voll berücksichtigt wird.

Die Deutschnationale Fraktion hat an den Landtag folgende „kurze Kutsche“ gerichtet: In der Regierung bekannt, daß im Hauptstaatsarchiv wertvolle Urkunden infolge eingetretener Feuchtigkeit durch Schimmel der Eisenbahnwände und Decken schimmeln, modern und brüchig werden; aus die Urkunden sind von den Urkunden löslichen und verderben? Was bedeutet die Regierung zu verfügen, um diese wertvollen urkundlichen Staatsarchive vor weiterem Verderben zu schützen?

## Vom sächsischen Arbeitsmarkt

Die Verlesung der Lage des sächsischen Arbeitsmarktes hat im November mehrere Fortschritte gemacht. Die Zahl der Unversicherten im Dezember 1920 betrug 93.228. Gegenüber der Erwerbslosenzahl von 112.061 am 15. September ist die Besserung ganz erheblich. Der Rückgang ist jedoch nicht allgemein und beruht zum Teil auf den stärkeren Anwerbungen des Reichsausschusses, so daß sich noch nicht übersehen läßt, ob die Besserung der Arbeitsmarktlage eine dauernde sein wird. Anläßlich der Stellung der Lohnarbeitenden haben sich die Arbeitsmarktlage in der zweiten Hälfte des Monats vielfach ungünstiger gestaltet.

## Anmeldung von Ansprüchen für Volksschulen beim Reichsausschuss

Wenig bekannt ist die Bestimmung des § 47 des Reichsausschusses, nach welcher Ansprüche gegen das Deutsche Reich auf Erhaltung der Volksschulen für die in § 44 bezeichneten Gebietsverhältnisse, die nicht ins Ausschussverfahren gehören, binnen 6 Wochen nach Abschluß der Angelegenheit anzumelden sind. Diese Frist läuft am 31. 12. 20 ab.

Wichtig ist die Bestimmung des Reichsausschusses, Leipzig, Reichsausschuss Nr. 17, erachtet gemacht sein. Es dürfte, sofern der deutsche Volksschüler nicht in der Lage ist, seine Erhaltung gegen das Reich schon jetzt eingeleitet zu begründen, zur Wahrung der Frist zunächst genügen, wenn der Volksschüler dem Reichsausschuss, unter Vorbehalt späterer eingelegter Begründung und Ergänzung, eine allgemeine Anmeldung einreicht. In dieser Anmeldung zunächst nur die Maßnahme genannt und erklärt zu werden, daß ihnen gegenüber die Verhältnisse der in den §§ 44-46 des Reichsausschusses bezeichneten Art bestehen, aber noch nicht bekannt sei, in welchem Umfang der betreffende Erhaltungsanspruch gegen das Reichsausschuss in Frage kommen würde.

## Ein Gemeinderat aufgelöst

Aus Eibau wird berichtet: Der hiesige Gemeinderat ist nunmehr vom Ministerium des Innern aufgelöst worden. In ihren Kammern verblieben sind nur der Gemeindevorstand und die vier Gemeindevorstände, die zusammen vorläufig mit der Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten betraut sind. Die Auflösung wurde verfügt, nachdem keine Möglichkeit mehr bestand, den Gemeinderat in seiner Form wieder arbeitsfähig zu machen. Schon seit April hatten die bürgerlichen Gemeindevorstände beklagt, daß sie mit der Gemeindevorstand der sozialdemokratischen Gemeindevorstände nicht einverstanden seien, was schließlich zur Obstruktion der bürgerlichen im Gemeinderat führte. Alle Versuche der Regierung, die sogar mit der Vertreibung der bürgerlichen Vertreter endeten, hielten das Schicksal des Gemeinderats nicht auf. Nun haben es die Arbeiter in der Hand, bei den stattfindenden Gemeindevorstandswahlen den bürgerlichen die Leitung für ihr die Gemeindevorstand des Treiben auszustellen.

## Vom Taschengeld in Sachsen

Die Durchführung der in Sachsen kurz vor dem Ausbruch der beiden Kammern beschlossenen, sehr umfangreichen wasserwirtschaftlichen Politik mit ihren 82 in den verschiedenen Teilen des Landes vorerfahrenen Taschengeld, wurde damals von den amtlichen Sachverständigen auf einen Kostenbetrag von etwa 80 Millionen Reichsmark veranschlagt. Demals hatte man in den Kammern wegen dieser hohen Kosten allerlei Bedenken über die Möglichkeit der Durchführung jener Politik. Die ungeheure Geldentwertung und unsere völlig veränderte Anschauung über finanzielle Dinge offenbart sich in der Tatsache, daß allein die Kosten des in nächster Zeit in Angriff zu nehmenden Baues der Waldenberger Talstraße jetzt, ebenfalls von amtlichen Sachverständigen, auf 100 Millionen Reichsmark veranschlagt werden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Weippen fanden Ausschüsse der Christen des früheren Rassen und Glaubensunterschiede, aber bei Bewußtsein, auf dem Sofa liegen. Sie hat angeordnet, von ihrem Wanne im Schlafe über allen und durch Schläge auf den Kopf zu zurechtgeworfen worden zu sein. Bei den Aufnahmen der Christen der Wohnung fand man einen Koffer, in dem die Christen der Wohnung waren. Die Frau ist, nachdem sie von einem Arzte verhandelt worden war, nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht worden. In der Schloßstraße haben ein Hammer und eine Heile gelesen. Mit diesen Gegenständen ist ein Eisenberg seine Frau verlegt zu haben. Vermutlich hat er die Tat in der Nacht begangen. Einem schweren Unfall sah sich der Steuermann Kanitz aus Weippen ausgesetzt, als er sich auf dem Wege nach Weippen befand, daß er in den Armen des Tempels die Schloßstraße, an der das Haus des nachfolgenden Hofers befindet war, geriet, wobei das Steuer, an dem die Hand befestigt wurde. Es zerfiel mittere ihm den linken Unterarm, welcher sofort amputiert wurde. In der Nacht wurde der Mann in die Klinik des Kapitals wurde nach ihm in die Klinik gebracht. Der Arzt Dr. Appelt rettete den dem Gerannten Leben.

# Stadt-Chronik

## Das fressende Geschwür

### Wie gewuchert wird

Ein Beamter hat zu einem Anzug für seinen 18jährigen Sohn Stoff gekauft; er geht in ein sehr bekanntes Konfektionsgeschäft in Dresden, um den Anzug dort fertigen zu lassen. Es werden einleitend der erforderlichen Zutaten dafür 600 Mark verlangt. Da dem Beamten dieser Preis zu hoch erscheint, wendet er sich an eine Schneiderin - Hausarbeiterin - die für jenes Konfektionsgeschäft arbeitet. Diese fordert von dem Beamten den Preis, den sie vom Geschäft als Arbeitslohn erhält, und zwar 55 Mark. Für die erforderlichen Zutaten fordert sie 90 Mark - also im ganzen 145 Mark.

Nun mögen beide Preise immerhin als normale nicht gelten können; der eine wird zu hoch, der andre zu niedrig sein. Im Reichsministerium hingegen aber soll man der Meinung sein, daß die Firma in solchem Maße mit 120 Mark gut bezahlt wäre. Es findet also in solchen Fällen eine Verwunderung im schärfsten Sinne des Wortes statt, und viele Menschen, denen jeder Pfahlschlag bezüglich des Geldes abhandeln gekommen ist, zucken und schimpfen.

Vorliegender Fall soll den zuständigen Behörden unterbreitet werden. Und drängt sich aber erneut die Frage auf: Gibt es denn keine Möglichkeit, den Geschäften aller Art - es wuchern in aller Weise große und kleine - vorzuschreiben, daß sie den Kunden durch Anschlag im Geschäft bekannt geben, wie die Preise sich bilden und wieviel Gewinn dem Verkäufer zufällt. Preislich müßte auch dafür gesorgt werden, daß die Waren vorher nicht in Scheiterhände - à la Rosenthal - gelangen.

## Eine glatte Regelung

Wir haben früher mehrfach die Mängel bei der Verteilung des fetten des Stroh an arme abgehenden billigen Holz - zur Zeit ist es freilich auch nicht mehr billig - rügen müssen. Es sind ansehnliche Mengen, aber wie wir jetzt erfahren, hat der hiesige Bureauverwalter sich damit gehalten, daß er letztes Jahres Holz nur an Leute verteilt, die es gar nicht mehr gibt. Als vor 2 Jahren die Einrichtung getroffen wurde, legte man fest, daß Verbleibende und Leute mit Kindern unter 16 Jahren, die Holz beanspruchen, nicht mehr als 3100 M. Einkommen ohne solche Kinder nicht mehr als 1900 M. Einkommen haben dürfen. Seitdem ist nun alles dreimal teurer geworden. Die Mutter, die der Kat damals mit 6 M. das Pfund abgab, kostet bei ihm jetzt über 30 M., von dem „billigen“ Holz, von dem hier die Rede ist, bezieht die Kat damals den Rest mit 60 Pf., jetzt aber mit 7 M. Jedoch die alle Einkommensgrenze für den Holzbesitzer ist geblieben. Nun weiß aber ein jeder: Leute mit eigener Wohnung mit obigen Einkommen, die der teure Holzbesitzer nicht zur Welt fallen, gibt es zur Zeit in Dresden überhaupt kaum mehr; sein Mensch kann mit so geringer Summe heute leben und - die Erwerbslosenunterstützung ist ja selbst höher.

Nun ist das Rätsel, warum jetzt alles so glatt geht, gelöst. Die Verteilung des „billigen“ Holzes ist auf's Beste geregelt - weil fast niemand mehr solches erhält. Der gibt es in Dresden wirklich noch Leute, die nur 30 M. wöchentliches Einkommen haben und haben noch eine eigene Wohnung besitzend. Für Kaufmännische von 16 Jahren erhält 50 M. die Woche Lohn und - muß dabei noch von dem Eltern unterstützt werden.

## Kinderausbeutung

In der Zeit vom 17. bis 21. November gab es wegen des Totenfestes in Stummengestalten und Kranzbindereien viel Arbeit, und da es zur Zeit keine Arbeitslosen gibt, haben sich Herr und Frau Berger in Dresden-Borsdorf, Ede Besorger und Bürgerstraße, genötigt, acht Schulkinder im Alter von 13 Jahren ohne Genehmigung von Eltern und Behörde zur Dienstleistung anzuwerben. Man bestellte die Kinder von mittags 1 Uhr bis abends 11 und 12 Uhr, am Sonntag von früh 7 bis 11 Uhr abends, und da diese Arbeitszeit für die Verteilungen immer noch nicht ausreichte, ließ man Kinder von Sonnabend mittags 1 Uhr bis Sonntag nachmittags 6 Uhr (19 Stunden) ununterbrochen arbeiten. Die Kinder freuten sich nun schon auf den guten Lohn für die vielen Tage und Nachstunden, aber es kam das Enttäuschung. Einem Mädchen gab man für geleistete 33 Arbeitsstunden insgesamt 17,00 M., einem andern für 45 Stunden 13,40 M., also für die Stunde 20 bzw. 25 Pf. Und so ähnlich in allen anderen Fällen.

Angesichts dieser gewissenlosen Ausbeutung der Kinderarbeiterschaft kann man freilich auch den Eltern den Vorwurf nicht erparen, daß sie sich um das Wohl und Wehe ihrer Kinder recht wenig gekümmert haben. Arbeitsverträge soll man niemals allein von den Kindern abschließen lassen - sie sind auch geistlich unglücklich. Das Gewerbeamt, wenn es angerufen würde, dürfte jedenfalls einen andern Lohnsatz in Berechnung bringen.

## Staatsaktion eines Gendarmen

Am 20. August tagte im Rathaus zu Dresden eine Konferenz von Vertretern aus 24 Gemeinden, die Gruppe A vom Bezirksamt Dresden, um eine Richtschnur für die Erwerbslosen zu beschließen. In dieser Sitzung waren die Mitglieder des Arbeitslosenrates im Flauenhain, Radeburger Straße und Transportarbeiter Mann, zugegen. Während der Verhandlungen demonstrierten mehrere Hundert Erwerbslose vor dem Rathaus. Unter ihnen befand sich auch der 24jährige Metallarbeiter Herr Fr. Schönberg, in Vorstadt Weippen. Aus der Menge erscholl der Ruf: „Kuhhandel!“. Die Teilnehmer zur Selbsthilfe griffen an, und diese Rufe sollen von Schönberg ausgegangen worden sein. Deshalb hatte er sich vor der 8. Strafkammer wegen Aufruhrs zu verantworten.

Der Angeklagte schritt entschieden, diese Anklage in die Menge schleudern zu haben. Als die beiden Teilgenossen Mann und Schönberg das Resultat der Sitzung von der Rathhausstiege hinunter trugen, habe er ihnen Wort gehalten, es sei ihm alles von Mann verweigert worden. Der damalige Delegierte, Arbeitslosenratmitglied August Mann, erklärte als Zeuge, nachdem ihm vom Vorhänger vorgehalten wurde, daß die Anklage auf seiner Angelegenheit beruhe: „Ich bestritte auf das allerentsetzlichste, daß ich eine Anzeige erstattet habe. Ich war gar nicht in der Lage, eine Anzeige zu erstatten, denn ich habe gar nicht gehört, was Schönberg gesagt hat und ob er etwas gesagt hat.“ Er sagte dann weiter aus, es sei ihm wohl später erzählt worden, daß Schönberg Worte gesprochen haben soll, aber was er gesagt habe, konnte ihm niemand mitteilen und selbst habe er, wie schon bemerkt, nichts gehört. Er sei nach einigen Tagen zum Gendarmenkommissar Herrn in dessen Wohnung bestellt worden und dort habe er auf Befragen genau dasjenige erklärt, was er heute hier ausgesagt habe.

Der Vorliegende bemerkt hierauf weiter: „Die sagen ja das direkte Gegenteil von dem, was der Polizeibeamte in seiner Anzeige gemeldet. Auf diese Mitteilungen des Beamten gründet sich ja die Anklage. Wir müssen Sie dem Beamten gegenüberstellen, damit wir erfahren, was gesagt worden ist.“ Darauf antwortete Mann: „Das verlange ich auch, daß mir der Beamte gegenübergestellt wird. Ich kann ihm ja etwas gar nicht gesagt haben, denn ich weiß gar nicht, was er gesagt hat.“ (Große Bewegung im Zuscherraum.) Vom Vorhänger wurden nun aus der Angelegenheit des Oberstaatsanwaltes Herrn alle informierten Zeugen vorgelesen, die Mann ansehnlich dem Beamten angetraut haben soll. Der Zeuge wurde befragt, ob er sich nicht von dem Erwerbslosen eingeschüchtert worden sei, oder ob er vielleicht unter dem Druck des Angeklagten gehandelt habe. Ob er den Angeklagten während seiner Vernehmung und den Verhandlungen enternem selbst? Der Zeuge versichert aber ruhig und fest, daß das, was er hier ausgesagt, die Wahrheit sei und daß er von niemand beunruhigt worden sei. Er verlangte nochmals die Gegenüberstellung des Polizeikommissars.









